

Situation der Arbeiter*innen im Iran

Rückblick Mai 2017 - Mai 2018

Liebe Kolleg*innen!
Liebe Freund*innen!

Am 1. Mai dieses Jahres feiern und demonstrieren wir hier in Hannover zusammen unter dem Motto *Mehr soziale Gerechtigkeit, mehr solidarische Politik, mehr Förderung der Vielfalt*. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass niemand sich fragen muss, ob der Arbeitsplatz sicher ist, ob der Lohn bzw. das Gehalt zum menschenwürdigen Leben ausreicht und ob die Rente reicht, in Würde alt werden zu können und schließlich dafür, dass mehr Beschäftigte den Schutz von Tarifverträgen genießen können.

Im Iran werden alle nichtstaatlichen Veranstaltungen und Aktivitäten der unabhängigen Arbeiterorganisationen an diesem Tag vom islamischen Regime verboten.

Die iranischen Arbeiter*innen kämpfen seit mehr als einem Jahrhundert (seit 1905 mit der Gründung der Druckergewerkschaft) für gerechte Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen als ihre legitimen Rechte. Alle bisherigen Bemühungen zur Gründung einer unabhängigen gewerkschaftlich organisierten, flächendeckenden Bewegung zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen wurden unterdrückt. Die bisherigen diktatorischen Regime (Schah Dynastie sowie Islamische Republik) schlugen die Arbeiterbewegung nieder und versuchten, deren Organisation durch Verstaatlichung unter Kontrolle zu bringen.

Durch die internationalen Sanktionen aufgrund des Atomprogramms des islamischen Regimes und der Misswirtschaft und Korruption der wechselnden Regierungen in den letzten Jahrzehnten hat sich die Krise verschärft und zur Verschlechterung der ökonomischen Situation der Mehrheit der iranischen Bevölkerung geführt. Die Arbeiter*innen wurden davon besonders hart getroffen.

Als Rohani vor 6 Jahren zum ersten Mal zur Präsidentschaftswahl antrat, versprach er die wirtschaftliche Not vieler Familien durch die Aufhebung der internationalen Sanktionen und Schaffung einer ökonomischen Trendwende zu lindern. Trotz der Atomvereinbarung des Irans ist immer noch keine positive Wende zu sehen. Die Weltbank berichtet in einer Studie, dass seit der Amtseinführung von Rohani trotz Verdoppelung der Ölexporte und des Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts des Irans, Armut sowie Einkommensungleichheit zugenommen haben. Laut der Erklärung der 5 staatlich unabhängigen Arbeiterorganisationen aus dem Iran beginnt das Jahr 97 (dies entspricht dem Kalenderjahr vom 21.03.18 – 20.03.19) mit einem Mindestlohn, der vierfach unter der Armutsgrenze liegt. Die realen Kosten einer 4-köpfigen Familie liegen im Monat bei 5 Millionen Tuman (830 €.) Trotzdem wird der Mindestlohn von der Regierung auf 1,14 Mill. Tuman (190 €) festgelegt. Somit müssen mehr als 80% der iranischen Arbeiter*innenfamilien unter der Armutsgrenze leben. Diese Verschlechterung trifft insbesondere die Frauen.

15 bis 17% der Arbeiterinnen werden aufgrund von fundamentalistischen, religiösen, patriarchalischen Rechtsgrundlagen nicht nur in der Gesellschaft diskriminiert, sondern zusätzlich am Arbeitsplatz und dazu noch sexuell belästigt und schlechter als ihre männlichen Kollegen bezahlt. Viele Frauen sind aus den großen Betrieben verdrängt und in kleine Betriebe mit schlechten Löhnen und frauenfeindlicher Willkür verbannt worden.

Obwohl Kinderarbeit verboten ist, seitdem der Iran die UN-Kinderrechtskonvention unterschrieben hat, gibt es jedoch weiterhin Millionen Kinder, die arbeiten müssen. Die Lage dieser Kinder ist besorgniserregend. Während der Staat von 2 Millionen spricht, gehen inoffizielle Statistiken von bis zu 7 Millionen Kindern aus, die einer Lohnarbeit nachgehen. Die meisten von ihnen arbeiten illegal auf den Straßen. Sie arbeiten als Schuhputzer*innen, reinigen Autofensterscheiben an den Ampeln oder im Stau. Die anderen, die nicht auf der Straße arbeiten, sind oft in Ziegeleien oder Taschenmanufakturen beschäftigt, wo sie nicht einmal 50 € im Monat verdienen. Sie sind nicht krankenversichert und unterliegen nicht dem Arbeitsschutzgesetz. Zudem sind sie nicht vor sexuellen Übergriffen geschützt.

Auch in der zweiten Amtsperiode Rohanis hat sich der Lebensstandard im Gegensatz zu den Versprechungen verschlechtert. Es vergeht kaum eine Woche, in der im Iran kein Arbeiterprotest stattfindet. Gründe sind die um Monate verzögerten Lohnzahlungen und mangelnde Rechtssicherheit (80% der Arbeiter*innen sind Beschäftigte mit kurzfristigen Arbeitsverträgen, sogar nur mit Blankoverträgen Beschäftigte). Diese arbeiterfeindliche Haltung der Regierung ist begründet in der Politik, die sich an in- und ausländischen Investoren orientiert, indem gefügte und billige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden mit der Hoffnung die konjunkturelle Lage zu verbessern.

Laut dem Innenministerium sind im letzten Jahr 1700 Protestarten registriert worden; mehrere 100 davon sind Arbeitskämpfe gewesen. Sie kämpfen auf zwei Ebenen: einerseits wegen nicht gezahlter Löhne und Rechtsunsicherheiten und andererseits für die Bildung einer unabhängigen Interessengemeinschaft der Werktätigen im Iran.

Nach dem Unterschreiben des Atomabkommens ist der erwartete wirtschaftliche Aufschwung nicht eingetreten und die versprochene Besserung der katastrophalen Lebenslage großer Teile der Bevölkerung ist ausgeblieben. Ein Grund hierfür sind die USA, die die westlichen Banken und Großunternehmen verunsichern und daran hindern, im Iran zu investieren. Vor allem seit der Regierungsübernahme von Donald Trump. Das ist aber nicht die Hauptursache für die Fortsetzung der Krisen; auch Misswirtschaft, Korruption, eine marode Staatsverwaltung und schließlich die Willkür der Machthaber in der islamischen Republik Iran verhindern einen für die Bevölkerung spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung bzw. eine Besserung ihrer miserablen Lebensbedingungen.

Die Missachtung der berechtigten Forderungen sowie die Unterdrückung der Proteste gegen diese Missstände seitens der Regierung haben zu einer Zusammenballung von explosiver Wut und Unzufriedenheit geführt, die zum Ende des letzten Jahres in Form einer Revolte das ganze Land durchzog. Die Wucht der Kritik abertausender entrechteter und marginalisierter Frauen und Männer war so stark, dass sie das ganze System erschütterte und zum Erliegen brachte. Die protestierenden Massen belagerten tagelang öffentliche Räume und legten den gesamten Repressionsapparat lahm. „Nieder mit Khamenei“, „Nieder mit der Diktatur“, „Nieder mit der Islamischen Republik“ riefen die Demonstranten auf den Straßen. Diese überregionale Revolte gegen den islamischen Staat wurde vor allem von jungen Frauen und Männern, Arbeitslosen und Straßenhändlern getragen und von Studenten-, Frauen- und Arbeiterbewegungen unterstützt. Damit wurde der Anfang vom Ende des totalitären islamischen Regimes eingeläutet. Nach der Überwindung des Schocks haben die Machthaber, wie in den Jahren zuvor, diese soziale Revolte mit brutalen Methoden niedergeschlagen, wobei 30 Menschen ihr Leben verloren haben und über 5000 verhaftet wurden. Es mag sein, dass die Revolutionsgarden und paramilitärischen Verbände und ihre Geheimdienstorgane den Aufstand für diese Periode niedergeschlagen haben. Aber die täglichen Meldungen sind ein Beweis dafür, dass in verschiedenen Städten des Landes unterschiedliche soziale Gruppen ihre Proteste fortsetzen wie die Arbeiter, die weiterhin nicht gezahlte Löhne zurückfordern, oder die Frauen, die seit Beginn der Protestbewegung in ihrer fantasievollen Art die Aufhebung des Kleiderzwangs als Symbol der totalitär patriarchalischen Herrschaft anprangern. All diese Widerstandsformen machen deutlich, dass die Botschaft der Revolte in der Gesellschaft angekommen ist: die islamische Republik ist nicht reformierbar! Die Arbeiter und Anhänger der Revolte sind sich inzwischen bewusst, dass die Geltendmachung ihrer Rechte und ihrer Forderungen wie Streikrecht, Meinungsfreiheit und Bildung freier und unabhängiger Gewerkschaften nur unter freien demokratischen Machtverhältnissen mit einer Trennung von Staat und Religion möglich ist. Die Realisierung dieser Möglichkeit setzt aber die Abschaffung des islamischen Regimes voraus.

Es lebe die Freiheit und soziale Gleichheit!

Freiheit für alle politischen Gefangenen und Aktivist*innen der Arbeiterproteste!

Nein zur Islamischen Republik Iran!

Hannover, 27.04.2018

Für weitere Information können Sie uns kontaktieren:

kanoon.hannover@gmail.com Mobii.: 01778416132

Forum der Iranischen Demokrat*innen und Sozialist*innen in Hannover